

Trotz Bedenken: Jim + Jimmy darf wachsen

Politiker haben Vorbehalte gegen Paintball und verurteilen Angriffe von Kritikern und Befürwortern

VON RAINER BREDA

HILDESHEIM. Der Rat hat den Weg für die Erweiterung des Jim + Jimmy freigegeben: Die Politiker sprachen sich mit großer Mehrheit dafür aus, die Vergrößerung des Freizeitparks am Lerchenkamp zu ermöglichen. Mehrere von ihnen haben allerdings Bedenken gegen die Absicht von Betreiber Knut Bettels, auf dem Gelände eine Paintball-Anlage einzurichten. Vier Ratsmitglieder sprachen sich vor allem deshalb gegen das Vorhaben aus, fünf enthielten sich.

Er hoffe jetzt „kurzfristig“ auf die Baugenehmigung der Stadt, sagte Bettels dieser Zeitung. Der Unternehmer rechnet damit, im Dezember die neue Eisbahn und Rodelanlage eröffnen zu können, auch der Hochseilgarten werde fertig sein. „Mit dem Paintball geht es erst im Frühjahr los“, betonte Bettels. Bei diesem Angebot beschließen sich die Teilnehmer mit Farbkugeln, Kritiker verurteilen Paintball als Kriegsspiel. Die eigentliche Erlaubnis dafür bekommt Bettels erst mit der Baugenehmigung.

Mehrere Ratsmitglieder teilen die Vorbehalte gegen Paintball. „Ich habe moralische Bedenken“, bekannte SPD-Vertreter Andree Busche. Doch die Politiker müssten das Projekt nur städtebaulich bewerten. Die CDU-Politikerin Eva Möllring argumentierte ähnlich. Sie sei Bettels dankbar, dass er aus dem Gelände – dort befand sich früher eine Bauschuttdeponie – etwas mache. Aber zu ihrer Zeit im Bundestag habe die CDU erwogen, Paintball zu verbieten. „Bei mir zieht sich alles zusammen, wenn ich mir vorstelle, dass da Menschen schreiend aufeinander losgehen“, sagte Grünen-Politiker Volker Spieth. Das habe mit seinen Wertvorstellungen und denen der Zivilgesellschaft nichts zu tun. Im Umfeld von Paintball-Anlagen komme es zur Verherrlichung von Gewalt, berichtete der Grüne. Diese lasse sich angesichts des Internets ohnehin nicht kontrollieren, meint der Parteilose Harrison Kahlert. Jugendliche sollten lieber ihre Aggression beim Paintball ablassen, als jemandem, der auf dem Pelizaeus-Platz bereits am Boden liege, noch gegen den Kopf zu treten. Das werde sich allerdings nicht durch die Anlage verhindern lassen, widersprach der Unabhängige Pe-

ter Justus. Kriegsspielen baue die Aggression nicht ab, sondern befördere sie. Der Drispensedter CDU-Politiker Jürgen Köhn befürchtet Lärmbelästigungen für die Anwohner, die rot-grüne Mehrheitsgruppe spiele diese herunter. Grünen-Chef Ulrich Rübiger versicherte, er könne moralische Bedenken nachvollziehen. „Doch wir müssen uns nur rechtlich mit den Plänen auseinandersetzen.“

Scharf wies Rübiger die Attacken einiger Gegner und auch Befürworter der Freizeitpark-Erweiterung zurück. Diese hätten Politiker beleidigt, ihnen Rechtsbruch vorgeworfen und ihnen vorgehalten, für mögliche Amokläufe verantwortlich zu sein. „Die Debatte ist völlig aus dem Ruder gelaufen“, monierte Rübiger – und erhielt Beifall aller Fraktionen. Die Politiker müssten klarmachen: „So etwas wollen wir hier in Hildesheim nicht haben.“ Auch Vertreter anderer Fraktionen hatten die Art der Kritik in den vergangenen Monaten mehrfach angeprangert.

KOMMENTAR

VON
RAINER BREDA



Den Bogen überspannt

Wer hat schon gern einen Freizeitpark vor der Nase – noch dazu einen, der mit einem Angebot wie Paintball vielleicht fragwürdiges Publikum anzieht? Bürger müssen ihren Unmut darüber Luft machen dürfen – aber auch ihren Wunsch, eine solche Anlage zu bekommen. Beides gehört zur Demokratie. Doch wer keine Argumente benutzt, sondern Beleidigungen und dazu aufruft, den Entscheidern im Rat mit Briefen durch die Weitergabe ihrer Adressen auf die Pelle zu rücken, überspannt den Bogen. Bis zur Androhung von Gewalt ist es dann nur noch ein ganz kleiner Schritt. Hier gilt: Wehret den Anfängen.